

Dr. Jochen Weichold / Dr. Horst Dietzel:

Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

3 Funktionen von Programmen (I)

- Programme dienen der Orientierung der Partei.
- Programme dienen der Positionierung der Partei gegenüber ihren politischen Konkurrenten.
- Programme müssen den verschiedenen Flügeln und Strömungen einer Partei politische Heimat bieten.

3 Funktionen von Programmen (II)

Diese drei Funktionen sind nicht
völlig kompatibel und stehen daher
in einem gewissen
Spannungsverhältnis zueinander.

Grundpositionen zur EU und ihrer Entwicklung (I)

CDU, FDP, SPD und **Grüne** sehen in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung und betonen die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte.

Grundpositionen zur EU und ihrer Entwicklung (II)

Das Herangehen der Partei **DIE LINKE** ist völlig anders. Die Partei schreibt, die herrschende Politik der EU agiere gegen soziale Gerechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen seien zwei Seiten neoliberaler Politik.

Wirtschaftspolitik (I)

- Für **CDU** und **FDP** stehen allein die Wettbewerbsfähigkeit nach innen und außen sowie der Bürokratieabbau im Mittelpunkt.
- Für die **SPD** ist die Marktideologie von Konservativen und von Liberalen, die den Rückzug der Politik und die alleinige Macht der Märkte beschworen hat, endgültig gescheitert. Stattdessen brauche Europa eine Rückkehr zur Politik. Die SPD legt den Schwerpunkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks.

Wirtschaftspolitik (II)

- **Die Grünen** setzen auf einen „Grünen New Deal“.
- Allein **DIE LINKE** wendet sich deutlich gegen die Strategie, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region in der Welt zu machen. Sie will die europäische Binnenwirtschaft stärken. Die Netzinfrastrukturen sowie bedeutende Unternehmen sollen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle überführt werden.

Finanzpolitik

- **CDU** und **SPD** wollen die Banken- und Finanzmarktaufsicht verbessern, Hedge-Fonds stärker kontrollieren und das Bonus-System der Manager verändern.
- Die **FDP** kritisiert in erster Linie die unzulängliche staatliche Finanzaufsicht und sieht in der Unabhängigkeit der EZB einen besonderen Wert.
- **Die Grünen** gehen über CDU und SPD hinaus, wollen eine europäische Finanzumsatzsteuer und ein „Bretton Woods II“.
- Allein **DIE LINKE** will die Banken verstaatlichen und Hedge-Fonds und Private Equity Fonds verbieten.

EU-Haushalts- und Steuerpolitik (I)

- Die **CDU** tritt ausdrücklich dafür ein, die Stabilität des Euro zu wahren. Das Finanzsystem müsse grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten reformiert werden, ohne dass die EU eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält.
- Die **FDP** will den EU-Haushalt grundlegend reformieren. An Stelle der Mehrwertsteuerabführungen soll jeder Mitgliedsstaat maximal ein Prozent seines BNE aufbringen. Die FDP wendet sich gegen eine EU-Steuer, will das EU-Verschuldungsverbot beibehalten und plädiert für eine strikte Ausgabenobergrenze. Der „Subventionswettlauf“ aufgrund der Kohäsions- und Strukturfonds müsse beendet werden.

EU-Haushalts- und Steuerpolitik (II)

- Die **SPD** tritt für einen zukunftsgerichteten Haushalt der EU ein, der auf Innovation, Forschung und Entwicklung besonderes Gewicht legt. Sie plädiert für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle der EU und tritt für eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern ein.
- **Die Grünen** wollen die EU-Haushaltspolitik reformieren. Sie möchten mittelfristig den EU-Haushalt (a) aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern, (b) aus einer Finanztransaktionssteuer und (c) aus einer „europäischen Kerosinbesteuerung“ komplett finanzieren. Die Ausgaben sollen in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und Bildung umgelenkt werden.

EU-Haushalts- und Steuerpolitik (III)

- **DIE LINKE** will grundlegende Veränderungen in der EU-Haushaltspolitik. Sie setzt sich dafür ein, dass in erster Linie die Mittel für die Bekämpfung von Armut, für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, für den sozialökologischen Umbau und für die Regional- und Strukturpolitik aufgestockt werden. Die Eigenmittelobergrenze soll auf 1,24 Prozent des EU-weiten BNE angehoben werden. Großunternehmen und Banken sollen deutlich mehr an der EU-Finanzierung beteiligt werden. Die nationalen Steuerpolitiken sollen koordiniert und die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern vereinheitlicht werden, um das Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden.

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechte (I)

- spielen bei **CDU** und **FDP** praktisch keine Rolle

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechte (II)

SPD, LINKE und Grüne

- thematisieren „Gute Arbeit“ und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- sind für gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne
- sind für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort
- sind für verbesserte Standards bei der Arbeitszeit bzw. für deren Reduzierung
- sind für die Ausweitung der Mitbestimmung auf europäischer Ebene und
- sind für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechte (III)

Am weitesten geht **DIE LINKE**. Sie ist

- dafür, dass prekäre Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und befristete und andere unsichere Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden
- für Leiharbeit nur in Ausnahmefällen
- für eine „neue Art der Vollbeschäftigung“
- für eine Neu- und Umbewertung der Arbeit

Sozialpolitik

- Bei **CDU** und **FDP** nimmt dieses Politikfeld nur einen untergeordneten Platz ein.
- Ein soziales Europa bzw. eine europäische Sozialunion als Ziel nimmt bei **SPD**, **Grünen** und **LINKEN** einen wichtigen Platz ein.
- **SPD**, **Grüne** und **LINKE** wenden sich gegen Lohndumping, fordern Mindestlöhne und werben für gute öffentliche Dienstleistungen.
- Allein **DIE LINKE** lehnt jegliche weitere Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich ab.

Umwelt- und Energiepolitik (I)

- In **allen** untersuchten Wahlprogrammen stehen Klimaschutz und Energiepolitik im Zentrum.
- Während vor allem die **FDP** auf den Markt setzt,
- plädiert die **SPD** für eine „ökologische Industriepolitik, die Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt zusammenbringt“.
- **Die Grünen** sehen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen auf einen Green New Deal.
- **DIE LINKE** betont (bei deutlichen Gemeinsamkeiten mit SPD und *Grünen*) auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt.

Umwelt- und Energiepolitik (II)

- Alle Parteien sehen im **Klimaschutz** eine zentrale Aufgabe.
- Die **SPD** betont, Klimaschutz sei nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern ebenso eine ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung.
- **Die Grünen** warnen davor, das drängendste Problem – die Finanz- und Wirtschaftskrise – zu Lasten des wichtigsten Problems – des Klimawandels – lösen zu wollen.
- Allein **DIE LINKE** betont, dass die globalen Aufgaben in der Klima- und Energiepolitik gegen die kurzfristigen Rendite-Interessen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden müssten.

Umwelt- und Energiepolitik (III)

- Die **CDU** will das eingeführte multinationale marktwirtschaftliche System des ***Emissionshandels*** zu einem globalen System weiterentwickeln.
- Die **FDP** erklärt, der Emissionshandel müsse als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik auf alle Wirtschaftssektoren ausgeweitet werden.
- Die **SPD** sieht im Emissionshandel einen Eckpfeiler des EU-Klima- und Energiepakets.

Umwelt- und Energiepolitik (IV)

- **Die Grünen** wollen den *Emissionshandel* weiterentwickeln, indem die Zertifikate vollständig versteigert und nach dem Luft- auch der Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbezogen wird.
- Hingegen habe nach Auffassung der Partei **DIE LINKE** der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument versagt. An seine Stelle müssten deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten.

Umwelt- und Energiepolitik (V)

- Auf dem Feld der **Energiepolitik** macht sich die **CDU** vor allem mit dem Blick auf Erdöl- und Erdgas-Ressourcen für eine „schlagkräftige Energieaußenpolitik“ der EU stark.
- Die **FDP** fordert, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent auszubauen. Andererseits verlangt sie eine Senkung der Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie und eine „Streichung willkürlicher Verteuerungsinstrumente“ wie der Ökosteuer.

Umwelt- und Energiepolitik (VI)

- Die **SPD** engagiert sich für eine ambitionierte und integrierte Klima- und Energiepolitik, die die Ziele Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt.

Umwelt- und Energiepolitik (VII)

- **Die Grünen** und **DIE LINKE** sehen in einer radikalen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung die Voraussetzung für eine friedliche Energieaußenpolitik. Eine militärische Sicherung von Rohstoffen lehnen sie ab. EURATOM wollen sie abschaffen. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung sei auch eine zentrale friedenspolitische Investition. Mit einer solchen Energiewende würden nicht zuletzt nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen.

Umwelt- und Energiepolitik (VIII)

Hauptstreitpunkte Kernkraft und fossile Energieträger:

- Während die **FDP** und die **SPD** die Frage in ihren Programmen offen lassen,
- erklärt die **CDU**, auf absehbare Zeit sei die EU auf die Nutzung fossiler Energieträger und der Kernkraft angewiesen.
- **Die Grünen** und **DIE LINKE** fordern hingegen den europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft und wenden sich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken.

Umwelt- und Energiepolitik (IX)

Streitpunkt Bio- und Gentechnologien:

- **CDU** und **SPD** schweigen zu diesem Thema.
- Während die **FDP** prinzipiell für die Nutzung von Bio- und Gentechnologien eintritt,
- vertreten **Grüne** und **LINKE**, aber auch die **CSU**, hierzu – in sich differenzierte – ablehnende Positionen.

Bildungspolitik (I)

- **Alle Parteien** betonen die Notwendigkeit des verbesserten Zugangs zu Bildung und die Bedeutung des Erwerbs von Fremdsprachen in einem zusammenwachsenden Europa.
- Vor allem **Die Grünen** und die **FDP** setzen sich für die reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und von Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudienaufenthalten innerhalb der EU ein.

Bildungspolitik (II)

- Aber nur **DIE LINKE**, die **SPD** und **Die Grünen** thematisieren, dass der Erwerb von Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig sein dürfe.
- Nur **DIE LINKE** wendet sich gegen Privatisierungen im Bildungsbereich und gegen die Erhebung von Studiengebühren.

Bürgerrechte und Demokratie (I)

- In dieser Frage zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der **LINKEN**, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU auf der anderen Seite.
- Während **Die Grünen**, **DIE LINKEN**, die **FDP** und die **SPD** die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren,
- ist dies für die **CDU** kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Bürgerrechte und Demokratie (II)

- Während sich die **FDP**, **Die Grünen**, **DIE LINKE** und die **CSU** für die Einführung von Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie einsetzen,
- lehnt die **CDU** dies als populistisch ab.
- Die **SPD** geht auf diese Frage nicht ein.

Bürgerrechte und Demokratie (III)

- **CDU, FDP, SPD und Die Grünen** halten den *Reformvertrag von Lissabon* für einen Schritt in die richtige Richtung.
- Dagegen lehnt **DIE LINKE** diesen Vertrag konsequent ab, weil mit ihm die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Politik der Militarisierung der EU fortgesetzt werden sollen.

Bürgerrechte und Demokratie (IV)

- Sowohl **CDU** und **FDP** als auch **SPD**, **Die Grünen** und **DIE LINKE** treten (bei unterschiedlicher Akzentuierung) für die Schaffung einer *echten Verfassung* der EU ein.
- **Die Grünen** plädieren für einen schlanken Grundlagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränkt, die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiert und ökologische Nachhaltigkeit durchsetzt.
- Für **DIE LINKE** ist wichtig, dass eine EU-Verfassung in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und für künftige Gesellschaftsentwicklungen offen ist, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten Vorrang vor dem Marktradikalismus bekommen.

Bürgerrechte und Demokratie (V)

- Fragen der *Migrations- und Flüchtlingspolitik* werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen.
- Während sich vor allem **DIE LINKE** und **Die Grünen** in ihren Wahlprogrammen für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen einsetzen, deren Lage verbessern wollen und sich gegen eine „Festung Europa“ wenden,
- setzt die **CDU**, aber auch die **SPD**, auf Begrenzung von Einwanderung. Beide Parteien stellen dabei die ökonomischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in den Vordergrund.

Europa in der Welt (I)

- Hinsichtlich der *Rolle Europas in der Welt* und der in diesem Kontext stehenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen betonen alle Parteien – bis auf die **CDU** – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden.
- Mit Ausnahme der **LINKEN** treten alle Parteien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union ein.

Europa in der Welt (II)

- Alle Parteien setzen sich in ihren Programmen für ein gutes Verhältnis sowohl zu den **USA** als auch zu **Russland** ein.
- Nur **DIE LINKE** vermeidet eine Aussage zur transatlantischen Partnerschaft.

Europa in der Welt (III)

- Während **CDU, FDP, SPD** und **DIE LINKE** hinsichtlich der *europäischen Integration* unterstreichen, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne,
- äußern sich **Die Grünen** nicht zu dieser Problematik.

Europa in der Welt (IV)

- Während **FDP**, **SPD** und **Die Grünen** für eine Voll-*Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union* eintreten, wenn sie die „Kopenhagener Kriterien“ vollständig und umfassend erfüllt,
- plädiert die **CDU** lediglich für eine „Privilegierte Partnerschaft“.
- **DIE LINKE** vermeidet eine konkrete Aussage. Sie fordert in einem anderen Kontext soziale und rechtliche Reformen in der Türkei und die rechtsverbindliche Garantierung der politischen und Menschenrechte aller Einwohner der Türkei (darunter aller Minderheiten).

Europa in der Welt (V)

- In der Frage einer verstärkten *militärischen Zusammenarbeit in der EU* gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite.
- Während **CDU, FDP, SPD** und **Grüne** – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, einen militärischen Arm der EU zu schaffen,
- lehnt **DIE LINKE** konsequent alle Schritte ab, die darauf hinauslaufen, die EU in eine militärische Interventionsmacht zu verwandeln.

Europa in der Welt (VI)

- Die **CDU** will sich im Europawahlkampf offensichtlich die Stimmen der sogenannten Landsmannschaften sichern und macht sich mehr oder weniger verdeckt zum Vertreter *revanchistischer Forderungen* in der Eigentumsfrage.
- **SPD, FDP** und **Grüne** gehen auf dieses Thema nicht ein.
- **DIE LINKE** wendet sich hingegen besonders gegen Ansprüche auf Eigentum und Gebiete in Osteuropa sowie gegen Geschichtsrevisionismus, wie er von Vertriebenenverbänden forciert wird.

Resümee (I)

Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“

**auf den Politikfeldern Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-,
Haushalts- und Sozialpolitik**

FDP

CDU

SPD Grüne

DIE LINKE

Neoliberalismus

Sozialstaatsorientierung

Resümee (II)

*Achse „libertäre versus autoritäre
Orientierung“*

auf den Politikfeldern Demokratie und Bürgerrechte

DIE LINKE

Grüne

FDP

SPD

CDU

libertäre Orientierung

autoritäre Orientierung

Resümee (III)

*Achse „nationale (und tendenziell nationalistische)
Orientierung versus weltoffene Orientierung“*

**auf den Politikfeldern Asyl- und Flüchtlingspolitik und
Zuwanderungspolitik**

CDU SPD

DIE LINKE
FDP Grüne

nationale Orientierung

weltoffene Orientierung

**Danke für die
Aufmerksamkeit!**